Recht auf Gesundheit

Federal Ministry
for Foreign Affairs
of Austria

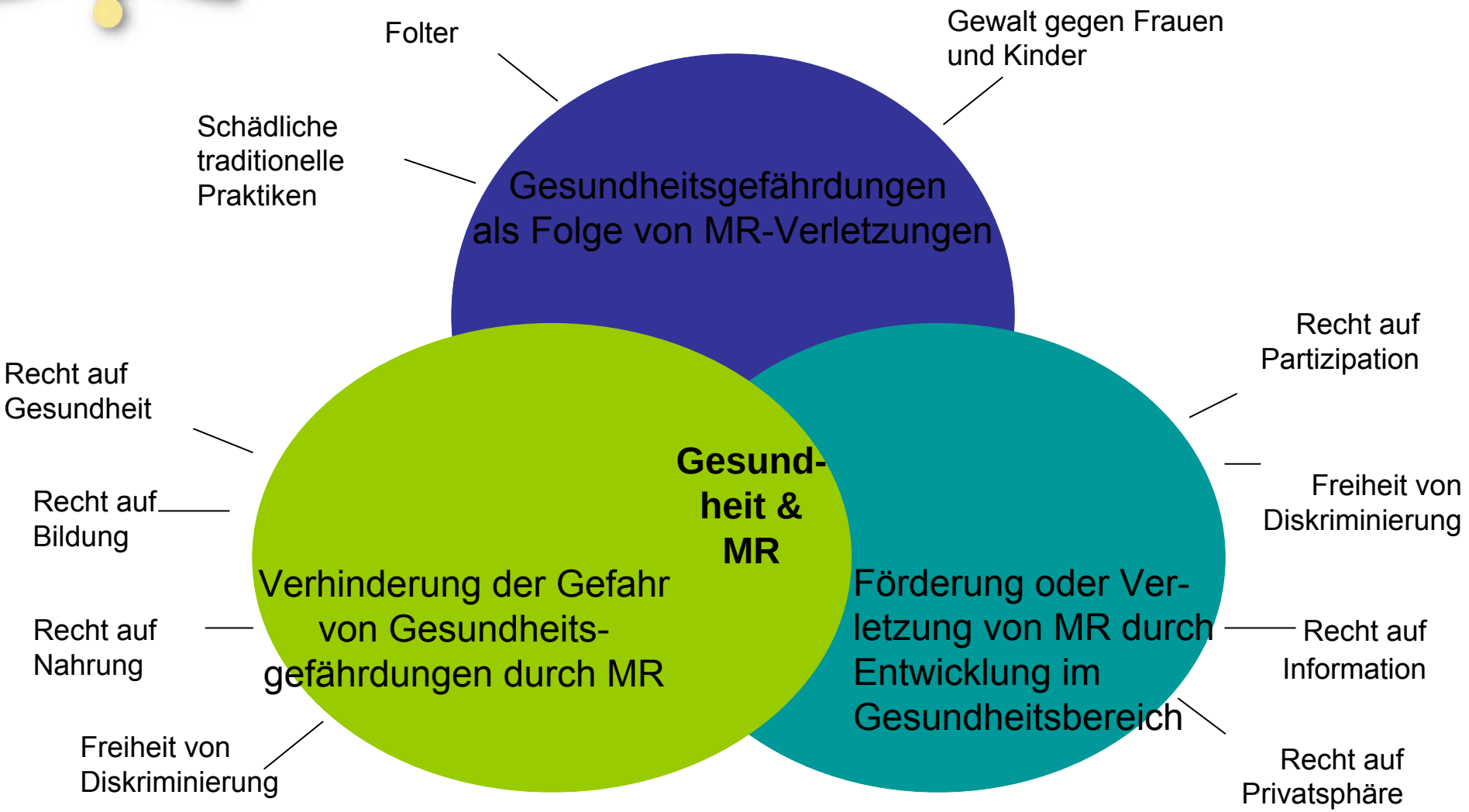
© 2009

Recht auf Gesundheit

‘Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und notwendige soziale Leistungen.’

Artikel 25, Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

© 2009


Folter
Gewalt gegen Frauen und Kinder
Schädliche traditionelle Praktiken
Gesundheitsgefährdungen als Folge von MR-Verletzungen
Recht auf Partizipation
Recht auf Gesundheit
Freiheit von Diskriminierung
Recht auf Bildung
Gesund-heit & MR
Recht auf Nahrung
Verhinderung der Gefahr von Gesundheits-gefährdungen durch MR
Förderung oder Ver-letzung von MR durch Entwicklung im Gesundheitsbereich
Recht auf Information
Freiheit von Diskriminierung
Recht auf Privatsphäre

© 2009

Rechtliche Grundlagen

- Art. 25 AEMR
- Art. 12 IPWSKR und General Comment Nr. 14 –
  Das Recht auf Gesundheit stützt sich auf die Realisierung von anderen Menschenrechten.
- Art. 11 der Europäischen Sozialcharta
- Art. 10 des ZP der Amerikanischen Menschenrechts-konvention
- Art. 16 der Afrikanischen Charta der Rechte der Menschen und Völker

© 2009

General Comment Nr. 14

- verabschiedet im Jahr 2000
- vier Kriterien zur Evaluierung des Rechts auf Gesundheit:
  - **Verfügbarkeit**: funktionierendes öffentliches Gesundheitswesen und Gesundheitsversorgung
  - **Zugänglichkeit**: erfordert Nicht-Diskriminierung, physische Zugänglichkeit, Leistbarkeit und angemessene Information
  - **Annehmbarkeit**: Respekt für medizinische Ethik und kulturelle Angemessenheit, Sensibilität in Gender-Fragen
  - **Qualität**: die Gesundheitsversorgung muss wissenschaftlich und medizinisch angemessen und von guter Qualität sein.

© 2009

Nicht-Diskriminierung

- Das Recht auf Gesundheit muss jedem Menschen ohne Unterscheidung aufgrund von Volkszugehörigkeit, Geschlecht, Alter, sozialer Herkunft, Religion, körperlicher oder geistiger Behinderung, Nationalität, politischem oder sonstigem Status gewährt werden.

- CEDAW bekräftigt in den Art. 10, 12 und 14 dieses Recht für Frauen und nennt im Besonderen Familienplanung, angemessene Angebote für reproduktive Gesundheit und Schwangerschaft sowie Gesundheitsversorgung von Familien. Dies wird auch in der Beijing Platform of Action genannt.

© 2009

Gesundheit und Globalisierung

- Recht auf Nutzung der Errungenschaften des wissenschaftlichen Fortschritts:
  - eingeschränkter Zugang zu Medikamenten z.B. antiretrovirale Präparate und Therapien
  - Beispiel HIV/AIDS
  - anerkannt im Art. 15 IPWSKR
- Recht auf Nutzung lebensrettender Medikamente:
  - Problem der Globalisierung
  - Urheberrechte schützen Patente von Pharmafirmen
  - DOHA-Runde: bestimmte Vorkehrungen wurden getroffen, TRIPS-Plus könnte aber neue Herausforderungen für das Recht auf Gesundheit bringen.

© 2009

Strittige Themen

- **Gesundheit und Umwelt:** Umweltschutz ist besonders wichtig für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit
  - Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung:
  - Vorsorgeprinzip: die Sicherheit neuer Technologien muss bewiesen sein, bevor diese allgemein zugänglich gemacht werden.
- **Traditionelle Medizin** vs.Schulmedizin =>

  WHO: Strategie für Traditionelle Medizin (2002-2005): Anerkennung des Potenzials von TM in Entwicklungsländern.
- **Weibliche Genitalverstümmelung** verursacht jeden Tag massive Gesundheitsprobleme für Tausende Frauen.

© 2009

Durchsetzung und Überwachung

- Regierungen müssen das Recht auf Gesundheit respektieren, schützen und verwirklichen.
- Einschränkungen sind in Fällen von Epidemien möglich, müssen aber die ‘Syracuse-Prinzipen’ befolgen.
- NGOs legen Schattenberichte über die Regierungsführung vor.
- Der **Sonderberichterstatter** über das Recht jedes Einzelnen auf den Genuss des höchstmöglichen Standards physischer und geistiger Gesundheit befasst sich seit 2002 mit Informationen und berät sich z.B. mit der WTO.

© 2009

Good Practices

- Kampagnen über HIV/AIDS wie jene in Kambodscha oder Thailand zeigen, wie notwendig ein breit angelegtes Betätigungsfeld ist.
- Verbot der weiblichen Genitalverstümmelung: der Eid von Malicounda – durch die Mobilisierung von Dorfbewohnern wurde in Senegal ein Gesetz über ein Verbot dieser Praxis verabschiedet, das ohne die Überzeugung der Dorfbewohner nicht erreicht hätte werden können.
- Good practices kommen oft den verletzbarsten Menschen zugute, die keinen Zugang zu ‘normaler’ Gesundheitsversorgung haben.

© 2009

Chronologie

1946 Satzung der WHO

1966 Verabschiedung des IPWSKR

1975 Deklaration über die Nutzung von wissenschaftlichem und technologischen Fortschritt im Interesse des Friedens und zum Nutzen der Menschheit

1975 Deklaration der Rechte behinderter Menschen

1978 Deklaration von Alma Ata

1991 Prinzipien für den Schutz von Personen mit Geisteskrankheiten und Verbesserung der Gesundheitsvorsorge

1991 Prinzipien der UN für ältere Menschen

1992 UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED)

© 2009

1993 Deklaration über die Beseitigung von Gewalt gegen Frauen

1994 Internationale Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung

1995 Vierte Weltfrauenkonferenz (FWCW) – in Beijing

1997 Allgemeine Erklärung zum menschlichen Genom und zu den Menschenrechten

1998 Deklaration über Recht und Verantwortung von Individuen, Gruppen und gesellschaftlichen Organen zur Förderung und zum Schutz der universell anerkannten Menschenrechte und fundamentalen Freiheiten

2002 Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung

2002 Bestellung des Sonderberichterstatters für das Recht auf Gesundheit

2003 UNESCO Erklärung über menschliche genetische Daten

© 2009